

Übersichten

Außenpolitik

*(1) Staatspräsident Jiang Zemin in Deutschland, Ungarn und Finnland

Auf einer Europa-Tournee durch drei Länder hat Jiang Zemin vom 11. bis 15. Juli die Bundesrepublik Deutschland besucht. (Näheres dazu im Thema dieses Heftes) -we-

*(2) Neue EU-Strategie gegenüber der VR China

Am 5. Juli gab die Kommission der EU ein Strategiepapier heraus, das neue Überlegungen zu den politischen, kommerziellen und wirtschaftlichen Beziehungen der EU gegenüber China anstellt.

Zu fördern seien der politische Dialog, die Entwicklung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, die Intensivierung der allseitigen Kooperation und die Verbesserung des Europa-Bilds in China.

Am 6. Juli bekräftigte Leon Brittan, Vizepräsident der EU-Kommission, daß die EU China beim Beitritt zur WTO (Welthandelsorganisation) unterstützen wolle. Er gab diese Erklärung anlässlich eines Zusammentreffens mit dem Assistenten des chinesischen Ministers für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Long Yongtu, in Brüssel ab.

Die neue Politik ist gewiß kein Zufall, nachdem die EU auf einem Gipfeltreffen Ende 1994 in Essen eine neue Asien-Strategie beschlossen hatte, und zwar in der Erkenntnis, daß die EU beim wirtschaftlichen Wettlauf mit den beiden Hauptkonkurrenten USA und Japan immer weiter zurückfiel. Es galt daher, die europäische Präsenz in China zu verstärken.

Zwar war das Handelsvolumen zwischen China und der EU in den 10 Jahren zwischen 1984 und 1994 um das

14fache gestiegen, nämlich auf 41,1 Mrd. US\$ i.J. 1994. Gleichwohl blieb die EU gegenüber den USA und Japan immer noch im Rückstand; vor allem aber schrieb sie weiter ansteigende rote Zahlen. Auf ECU umgerechnet lag der Negativsaldo beispielsweise 1990 bei -5,3 Mrd. ECU, 1991 bei -9,4, 1992 bei -9,9, 1993 bei -8,3 und 1994 bei 10,3 ECU (Tabelle in *Handelsblatt*, 6.7.95).

Auch bei den Investitionen blieben die Europäer "zurückhaltend". Das Gesamtvolumen von 1979 bis 1993 erreichte lediglich 2,5 Mrd. US\$, knapp die Hälfte der jeweiligen US-amerikanischen und japanischen Investitionen.

Leon Brittan machte deutlich, daß China, wenn es WTO-Mitglied werden wolle, zuerst noch seine Hausaufgaben zu erledigen habe, die vor allem in fünf Maßnahmen bestehen, nämlich (1) Senkung der chinesischen Zölle auf einen Stand, der höchstens das Doppelte der gegenwärtigen Durchschnittssätze im Rahmen der OECD betrage, (2) Öffnung des Markts für ausländische Dienstleistungen, (3) Abbau des bestehenden Außenhandelsmonopols, (4) Übernahme der GATT-Bestimmungen über die Zivilluftfahrt sowie über das öffentliche Auftragswesen und (5) Beseitigung aller nicht-tarifären Handelshemmnisse. (SCMP, 1. und 6.7.95)

Die EU sei bereit, mit der chinesischen Seite über alle Fragen zu diskutieren, sei es nun über Währungs- und Finanzpolitik, über den Ausbau der Gesetzesordnung, über technische und berufliche Ausbildung, über den Schutz des geistigen Eigentums, über die Beseitigung von Armut, über Umweltschutz und über das Informationswesen. (XNA, 6. und 8.7.95)

U.a. schlug die EU-Kommission vor, in Beijing ein ständiges Forum (nämlich den EU Business Council) einzurichten, das der europäischen Wirtschaft als Sprachrohr dienen könne. Auch müsse sich die EU mehr an der Förderung wirtschaftsrelevanter Anstrengungen beteiligen, so z.B. an Schulen, die der "International Business School" in Shanghai vergleichbar seien.

Was die Menschenrechte angeht, so forderte Brittan, daß die EU sich mit allzu scharfen Erklärungen zurückhalten solle. Um tatsächlich Fortschritte zu erzielen, wäre es besser, "auf eine Kombination vorsichtig abgestimmter öffentlicher Stellungnahmen, förmlicher privater Diskussion und praktischer Zusammenarbeit" zu setzen. Im übrigen führe eine weitere wirtschaftliche Liberalisierung in China ganz zwangsläufig auch zu einer Demokratisierung und zu einer stärkeren Beachtung der Menschenrechte.

Als möglicher Ansprechpartner für einen politischen Dialog komme vielleicht sogar die chinesische Armee in Betracht.

Bereits bei seinem Europa-Besuch im Herbst 1994 hatte Staatspräsident Jiang Zemin vier Prinzipien für den Ausbau der Beziehungen zwischen China und Westeuropa vorgeschlagen: Eine stabile und langfristige Beziehung der Freundschaft und der Kooperation; gegenseitiger Respekt, Streben nach Gemeinsamkeiten und Zurückstellung von Differenzen; Förderung der gemeinsamen Entwicklung auf der Grundlage des gegenseitigen Nutzens und der gegenseitigen Ergänzung; Intensivierung der Konsultationen und der Kooperation in internationalen Angelegenheiten. Jiang wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es zwischen der EU und China (1) keine direkten Interessenkonflikte gebe, daß (2) die Wirtschaften beider Seiten komplementär seien und daß (3) die EU Chinas größter Lieferant von Technologien, Anlagen und Regierungskrediten sei.

Nach zahlreichen Erklärungen und Lippenbekenntnissen scheint man beiderseits - vor allem aber auf europäischer Seite - erkannt zu haben, daß "genug Worte gewechselt seien und daß nun endlich gehandelt werden müsse". -we-

*(3) Das südliche Afrika im Visier

Vom 19. Juli bis 4. August 1995 führte der im Politbüro für Wirtschaftsfragen verantwortliche Zhu Rongji eine Siebenländerreise in Afrika durch. Dabei folgte er - in seiner Eigenschaft als "chinesischer stellvertretender Ministerpräsident" - den Einladungen der Staaten Tanzania, Simbabwe, Mozambique, Botswana, Namibia, Angola und Zambia, die alle im südlichen Teil des afrikanischen Kontinents liegen. Die

Republik Südafrika selbst blieb allerdings von der Reise ausgespart, da dieser Staat auch nach dem Ende der Apartheid-Politik an seinen etablierten Beziehungen zu Taiwan festhält. In der Tat scheint die Anti-Taiwan-Werbung das Hauptanliegen der Zhu-Reise gewesen zu sein, obwohl der Besucher immer wieder zu beteuern versuchte, daß es ihm ausschließlich um die Erneuerung des "gegenseitigen Vertrauens und der Freundschaft zwischen dem chinesischen und den afrikanischen Völkern" gehe. (XNA, 17.7.95)

Bei seinem Besuch in Harare (Simbabwe) schlug er drei Punkte für die weitere Festigung der freundschaftlichen Beziehungen vor, nämlich (1) Erweiterung der gegenseitigen Unterstützung sowie bessere Bedingungen für Frieden und Stabilität, (2) Vertiefung der freundschaftlichen Konsultationen und (3) Zusammenarbeit auf den Prinzipien der Gegenseitigkeit. (XNA, 26.7.95)

Nach diesen Prinzipien hatte sich freilich Taiwan jahrzehntlang besonders vorbildlich verhalten und sich dabei soviel Vertrauen erworben, daß einige afrikanische Staaten wie Malawi, Swasiland, Lesotho, Guinea-Bissau und die Zentralafrikanische Republik es sogar vorzogen, offizielle Beziehungen mit der Republik China aufrechtzuerhalten oder aber sie wieder aufzunehmen. Zu den "Zauderern" und "Wanderern zwischen den zwei chinesischen Welten" gehört mittlerweile auch Südafrika, von dem sich die VR China eigentlich mehr Entschlußkraft erwartet hätte. Kein Wunder, daß die "Ein-China-Formel" am Rande der Gespräche Zhus immer und immer wieder auftauchte.

Am 22. Mai besuchte Zhu bei seinem Aufenthalt in Tanzania auch die Hauptverwaltung der TAZARA (Tanzania-Zambia-Railway), die in den frühen 70er Jahren mit chinesischer Entwicklungshilfe aufgebaut worden war und die sich längst als eine der Ruinen chinesischer Entwicklungshilfe erwiesen hat. Um wieder mehr Effizienz in den Betrieb zu bringen, sei die Zahl der Arbeiter mittlerweile von 6.500 auf 4.000 reduziert worden, bekam Zhu bei seiner Visite zu hören. (XNA, 24.7.95) -we-

*(4)

Ende der Nukleartests in China?

Die VR China hat seit Oktober 1964 insgesamt 42 Kernwaffenversuche durchgeführt - die frühesten dazu sogar

noch in der Atmosphäre - stets zur "Selbstverteidigung", wie es nach jedem der Tests hieß. Einzelheiten zur Nuklearpolitik der VR China sind auch im Militärthema des vorliegenden Heftes zu finden (Abschnitt 2.1.3.3).

In einem Gespräch mit der Redaktion der FAZ versicherte Staats-, Partei- und Militärführer Jiang Zemin am 14. Juli in Bonn, daß sich China für die "Unterzeichnung eines nuklearen Teststoppabkommens noch vor Ende 1996" einsetzen wolle (FAZ, 15.7.95). Bis dahin aber will China - ermutigt durch die Politik Frankreichs - noch einige Versuche durchführen. Daran kann wohl auch der Protest einiger Greenpeace-Mitglieder am 15. August auf dem Tiananmen-Platz in Beijing nichts ändern. Die Demonstranten wurden vielmehr sofort verhaftet; außerdem mußten Touristen, die Aufnahmen von der Demonstration geschossen hatten, ihre Filme herausgeben.

Gegen weitere chinesische Atomversuche hat sich auch das japanische Parlament mit Beschluß von 25. Juli 1995 ausgesprochen. Japan sei bisher der Hauptbetroffene von Atomwaffenangriffen gewesen und habe daher das Recht, nicht nur Frankreich, sondern auch China zu warnen (Kyodo in SWB, 27.7.95).

Die chinesische Atompolitik und nicht zuletzt die von den USA immer wieder behauptete Zusammenarbeit Chinas mit Pakistan auf nuklearem Gebiet ist vor allem für Indien ein ständiger Quell der Beunruhigung. Indien ist ein nuklearer Schwellenstaat, möglicherweise auch bereits ein Staat mit voller Nuklearbewaffnung. Bisher hat es sich geweigert, dem Vertrag gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen beizutreten und hat auch bei der Konferenz zur Verlängerung des NPT (Non-Proliferation Treaty) Anfang Mai in New York durch Abwesenheit geglänzt.

Auch der (insgesamt 42.) Atombombenversuch, den China schon wenige Tage nach Beendigung der NPT-Konferenz durchführte, hat Indien in seinem Mißtrauen gegenüber dem nördlichen Nachbarn bestätigt. Nach wie vor hält Indien deshalb auch an der Weiterentwicklung seiner Mittelstreckenrakete "Prithvi" fest, die mit einem nuklearen Sprengkopf ausgerüstet werden kann. -we-

Innenpolitik

*(5)

Zhu Rongji und Parteidokumente verwerfen westliches und taiwanesisches Demokratiemodell

Während eines Aufenthalts in Tansania hat sich der stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji (Mitglied des siebenköpfigen Ständigen Ausschusses des KP-Politbüros) für einen eigenständigen chinesischen Weg zur Demokratisierung ausgesprochen. In westlichen Medien würde das "Gerücht" verbreitet, daß die chinesische Führung sich einer Demokratisierung des politischen Systems entgegenstelle. Diese Behauptungen seien haltlos. Die chinesische Führung behalte sich allerdings einen anderen Weg zur Demokratie vor, als ihn das westliche Mehrparteiensystem vorzeichne. Der Westen habe keinen Exklusivanspruch darauf, die "wahre Demokratie" zu repräsentieren.

In China habe man ein System der Mehrparteien-Kooperation unter Führung der Kommunistischen Partei geschaffen (angesprochen ist hiermit die Rolle der acht sogenannten "Demokratischen Parteien" als untergeordnete Konsultativorgane im Rahmen des chinesischen Staatskorporatismus). Dieses System befördere nicht nur mit offenkundigem Erfolg den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, sondern "stellt sicher, daß für die Interessen jedes einzelnen gesorgt wird". Der "Kampf gegen Imperialismus, Neokolonialismus und Armut" gehöre zu den grundlegenden Zielen des chinesischen Regierungssystems. (XNA, 24.7.95; bemerkenswert ist, daß die *Volkszeitung* über diese Äußerungen Zhus nicht berichtete.)

Mit dieser Stellungnahme reiht sich Zhu Rongji mit Lee Kuan Yew (Singapur) und Mahathir (Malaysia) in die Gruppe der ostasiatischen Politiker ein, die von westlichen Modellen abgesetzte Sonderformen der "asiatischen Demokratie" als förderlich für die wirtschaftliche und soziale Modernisierung proklamieren. Autoritäre Herrschaft wird von diesen Politikern mit den Erfordernissen wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Stabilität gerechtfertigt.